

DER BEAUFTRAGTE DER
MINISTERPRÄSIDENTIN FÜR
EHRENAMTLICHES
ENGAGEMENT

Peter-Altmeier-Allee 1
Eingang Deutschhausplatz
55116 Mainz
Telefon 06131 16-4673
Telefax 06131 16-4080
Mail: ich-bin-dabei@stk.rlp.de
www.stk.rlp.de

Januar 2016

Initiative
der Ministerpräsidentin Malu Dreyer
„Ich bin dabei!“
Flüchtlings-/Integrationshilfe und Bürgerengagement
in der Kommune

In den Kommunen gibt es eine große Vielfalt an ehrenamtlichem und bürgerschaftlichem Engagement. Neben dem Engagement in Vereinen sind immer mehr Menschen in freiwilligen Initiativen aktiv. Ehrenamtsbörsen, Freiwilligenagenturen und Seniorenbüros wurden aufgebaut, SeniorTrainerinnen und SeniorTrainer ausgebildet und vieles mehr wurde getan, um die aktiven Bürgerinnen und Bürger bei ihrem Engagement zu unterstützen. Der Freiwilligensurvey 2009 belegt, dass 23% der Seniorinnen und Senioren in Rheinland-Pfalz den Wunsch nach sozialem Engagement haben, aber den Weg dorthin noch nicht gefunden haben.

Die Initiative der Ministerpräsidentin „Ich bin dabei!“ unterstützt interessierte Städte, Landkreise, Verbandsgemeinden und verbandsfreie Gemeinden, die dieses Potenzial an ehrenamtlichem Engagement vor Ort heben wollen – *einschließlich des Engagements in der Flüchtlings- und Integrationshilfe* - und dazu Anregungen, Impulse und Unterstützung wünschen. Sie bietet ihnen die Gelegenheit, in einem Zeitraum von rund zwölf Monaten einen neuen Ansatz zur Gewinnung von älteren Menschen für ein freiwilliges Engagement zu realisieren und parallel dazu Strategien und Strukturen in ihrer Verwaltung zu entwickeln, die den Ausbau von nachhaltigem bürgerschaftlichem Engagement und Flüchtlings-/Integrationshilfe ermöglichen.

Kommunen erhalten damit die Möglichkeit, im Austausch von Erfahrungen mit anderen beteiligten Kommunen neue Ideen, Impulse und mögliche Wege zur Weiterentwicklung des Bürgerengagements der eigenen Kommune zu erarbeiten und mit den politischen Verantwortungsträgern umzusetzen. Die Arbeit dieser Initiative zielt auf eine Ergänzung zu dem bestehenden Engagement der Menschen und auf eine Ergänzung zu den bestehenden Strukturen in den Kommunen *sowie einen Aufbau bzw. eine Ergänzung der Flüchtlings- und Integrationshilfe.*

Nach der 1., 2. und 3. Staffel, mit der die Initiative 2013, 2014 und 2015 jeweils gestartet wurde, erhalten nun in der 4. Staffel sechs weitere Standorte in Rheinland-Pfalz die Gelegenheit, sich das dafür notwendige Rüstzeug anzueignen. Im Mittelpunkt der Arbeit stehen zwei Aufgaben:

- Für Seniorinnen und Senioren, die sich allgemein *oder speziell in der Flüchtlings-/Integrationshilfe* engagieren wollen und bisher den Weg dorthin noch nicht gefunden haben, wird eine *Projekte-Werkstatt* in der Kommune eingerichtet. Dort finden sie ihre Ideen für ein freiwilliges Engagement und realisieren sie in kleinen Gruppen selbst. Zur Begleitung und Moderation dieser Gruppen wird ein kommunales Moderationsteam zusammengestellt, das die Gruppen über einen Zeitraum von rund 12 Monaten unterstützend begleitet.
- Eine Weiterentwicklung von Förderstrategien und -strukturen für das bürgerschaftliche Engagement - *einschließlich der Flüchtlings-/Integrationshilfe* - in der Kommune ist die zweite Aufgabe dieses Moderationsteams. Das geschieht in Zusammenarbeit sowohl mit der Kommunalverwaltung als auch mit den vielen Initiativen und freiwilligen Akteurinnen und Akteuren.

Bei der Zusammenstellung des Moderationsteams (siehe Bewerbungsbogen) nutzt die jeweilige Kommune ihre bereits vorhandenen Kompetenzen und Ressourcen. So bestimmt jede Kommune ihren nächsten Schritt in der Engagemententwicklung der Stadt/Gemeinde selbst.

Das Moderationsteam entwickelt die strategische Kompetenz für diese beiden Aufgaben in einer *Strategie-Werkstatt*, die vom Land durchgeführt und von Expertinnen und Experten begleitet wird. Zur Unterstützung ihrer Arbeit gehört auch die nachgelagerte Begleitung und Beratung vor Ort durch die pädagogische Leitung der Initiative, die über Telefon, E-Mail und Vor-Ort-Besuche erfolgt.

Nutzen für die teilnehmende Kommune

Ausgangspunkt und Grundlage für den nächsten Schritt der kommunalen Ehrenamtsentwicklung bei dieser Initiative sind die schon bestehenden Aktivitäten von Personen, Gruppen, Vereinen und Einrichtungen etc. in der Kommune.

Aufbauend auf diesen bestehenden Ressourcen mit all den dort gemachten Erfahrungen ergeben sich folgende Vorteile für die Kommune im Bereich der *Seniorengewinnung*:

- Die Gewinnung von älteren Bürgerinnen und Bürgern, die bisher noch nicht den Weg zum ehrenamtlichen Engagement gefunden haben.
- Neue Tätigkeitsfelder im lokalen Gemeinwesen können durch die älteren Bürgerinnen und Bürger selbst erschlossen werden *auch im Bereich der Flüchtlings- und Integrationshilfe*.
- Die Erfahrungen mit der Projekte-Werkstatt können alljährlich für weitere interessierte ältere Menschen in einer jeweils neuen Projekte-Werkstatt genutzt werden.
- Somit entsteht für die nächsten Jahre ein neuer Weg der Gewinnung älterer Menschen für ehrenamtliches Engagement.

Parallel dazu entwickelt das Moderationsteam Strategien und Strukturen für eine nachhaltige Förderung des ehrenamtlichen Engagements in der Kommune. Dadurch erhält die *Kommunalverwaltung selbst* die Möglichkeit, ihre bisherige Praxis und Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit den engagierten Gruppen und Vereinen zu reflektieren und wo sinnvoll auszubauen:

- Die Kommune macht eine Bestandsaufnahme aller Stellen in ihrer Verwaltung, die mit bürgerschaftlichem *Engagement – einschließlich Flüchtlings- und Integrationshilfe* - in Berührung kommen. Dies bietet ihr die Möglichkeit, ihre bereits zahlreichen Aktivitäten zu vernetzen, zu bündeln und so aufeinander abzustimmen und weiterzuentwickeln, dass Synergieeffekte entstehen können.
- Daneben gilt es, die Akteure in der Kommune in den Blick zu nehmen, die sich vor Ort bürgerschaftlich engagieren. Dabei geht es um Fragen wie die nach dem Stand des Engagements und seinen Ausbaumöglichkeiten in unterschiedlichen Bereichen (demographischer Wandel, Integration etc.), nach intelligenten Förderkonzepten, nach Ansätzen für eine zielgruppenspezifische Ausrichtung der Gewinnung neuer Engagierter (junge Menschen, Unternehmen).

Es geht aber auch um die Optimierung von Öffentlichkeitsarbeit und Anerkennungskultur, um good-practice-Beispielen nachhaltiger Unterstützung von Vereinsarbeit, Möglichkeiten der Zusammenführung und Vernetzung unterschiedlicher Akteursgruppen (ehrenamtlich Engagierter, kommerzieller Anbieter, Organisationen, Kommunalverwaltung) rund um die Definition gemeinsamer Anliegen (Abbau von Reibungsverlusten etc.)

- Durch den Austausch von Erfahrungen in fünf anderen Kommunen werden mögliche neue Aspekte sichtbar und Synergie-Effekte nutzbar.
- Durch das Miteinander- und Voneinanderlernen können für die jeweils eigene Kommune passgenaue, tragfähige und nachhaltige Vorschläge zur weiteren Förderung des bürgerschaftlichen Engagements entwickelt und unmittelbar umgesetzt werden.
- Diese Vorschläge zur besseren Förderung des bürgerschaftlichen Engagements können dann als Grundlage für entsprechende Entscheidungen der politischen Gremien und der politischen Spitzen in der eigenen Kommune genutzt werden.

Nachhaltig ist diese Initiative in dreierlei Hinsicht:

Einmal kann die Stärkung und Begleitung des ehrenamtlichen Engagements nach der Projektphase eigenständig fortgeführt werden. Daneben ist es aufgrund des hohen Potenzials möglich, eine zweite und dann weitere Projekte-Werkstätten durchzuführen.

Zweitens können die politisch Verantwortlichen mit den neu erworbenen Kompetenzen und Möglichkeiten der Moderationsteams als neue Strategieteams der Engagementförderung ihre Zukunftsvorstellungen über das bürgerschaftliche Engagement noch besser steuern.

Drittens wird auf Landesebene eine Plattform geschaffen, auf der nach der Projektphase die beteiligten Kommunen mit den bisher teilnehmenden Kommunen und dem Land die Austausch- und Vernetzungsarbeit weiter führen.

Ergebnisse und Erfahrungen aus der Arbeit mit den 16 Kommunen

Seit dem Frühjahr 2014 sind in 16 Kommunen rund 1200 Personen in über 150 Gruppen aktiv, *davon insgesamt 11 Gruppen mit über 200 Personen im Bereich der Flüchtlings- und Integrationshilfe*. Viele dieser Personen engagieren sich aufgrund der Initiative neu, nicht wenige davon zum ersten Mal, aber auch andere, die bisher in Vereinen tätig sind und eine weitere Möglichkeit des Engagements suchen. Bei den Aktivitäten in den Projektgruppen zeigt sich vielfach, dass Berufserfahrungen gerne genutzt werden. Fast alle Projektgruppen sind eine hohe Bereicherung für das kommunale

Leben – *einschließlich der Flüchtlings- und Integrationshilfegruppen*. (siehe Plakate der drei ersten Staffeln)

Zentrale Faktoren für eine gelingende Arbeit der Projektgruppen sind: Umsetzung *eigener*, selbst entwickelter Ideen, Eigenverantwortung der Akteurinnen und Akteure in den Gruppen, Selbstorganisation der Gruppen mit Erfahrungsaustausch und wechselseitiger kollegialer Beratung in der Projekte-Werkstatt und, wo nötig, ergänzender Unterstützung durch das Moderationsteam. Bei der Verwirklichung der Ideen dürfen keine kommerziellen Interessen verfolgt werden.

Erfahrungen aus Sicht der Oberbürgermeister/Bürgermeister

Man hat sich beworben, „um neue Strukturen für die Stadt, was die ehrenamtliche Unterstützung angeht, herauszufinden“, sagte Michael Kissel Oberbürgermeister der Stadt Worms. Aloisius Söhngen, Bürgermeister der Verbandsgemeinde Prüm, erklärte: „Seit gut zehn Jahren haben wir bereits mit dem Thema demographischer Wandel begonnen, verschiedene Workshops durchgeführt und dabei die Initiative „Wir Eifeler tun was“ gegründet.“ Da der demographische Wandel weitergehe, sei man froh, „dass dieses Projekt angestoßen wurde“. Bürgermeister Manfred Scherer von der Verbandsgemeinde Sprendlingen-Gensingen machte deutlich, dass es sehr wohl möglich sei, Menschen zu bewegen, sich für die Gemeinschaft in der Kommune zu engagieren, „allerdings außerhalb der üblichen Vereinsstrukturen“. Das Projekt des Landes komme „genau passend und auch zum richtigen Zeitpunkt“.

Andere hoben die Besonderheit der Initiative hervor: „Alle Seniorinnen und Senioren der Stadt Boppard habe ich mit einem persönlichen Brief eingeladen“ und dabei habe er darauf hingewiesen, dass es allen Spaß machen müsse, hob Bürgermeister Dr. Walter Bersch hervor. Und Bürgermeister Werner Müller von der Verbandsgemeinde Kirn-Land erläuterte: „Wir haben mit der Idee der Initiative, keine Themen vorzugeben, sondern die Kreativität der Bürgerinnen und Bürger in diesem Lebensalter zu fördern, sehr positive Erfahrungen gemacht. Das ist der Unterschied zu dem Ehrenamt, wie wir es bis jetzt kennen.“ Bürgermeister Klaus Penzer von der Verbandsgemeinde Rhein-Selz machte deutlich: „Die neuen Ideen, die die Menschen miteinander realisieren bzw. realisieren wollen, müssen nicht immer deckungsgleich mit meinen Ansichten als Bürgermeister sein, das bringt Leben in die Gemeinde, das ist der große Vorteil.“

Erfahrungen aus Sicht des Beauftragten der Ministerpräsidentin

Aufgrund der landesweiten Erfahrung mit der Initiative vor Ort verweist er darauf,

dass die Erwartungen der beteiligten Kommunen übertroffen wurden,
dass die anfänglichen Bedenken mancher Bürgermeister bald ersetzt wurden durch eine von den Neuengagierten ausgehende Begeisterung für den neuen Ansatz (siehe Bilanz der Initiative: „Entwicklung der Engagementförderung -Kommunalverwaltung und Bürgerengagement- Konzept und Bilanz eines neuen Ansatzes“ - in Druck)
dass trotz bestehenden hohen Engagements in manchen Kommunen sich viele neue Möglichkeiten zeigten
dass die Planung und Organisation der Flüchtling-/Integrationshilfe durch die Realisierung dieses Konzepts leichter, innovativer und für die Mitbürger integrativer geschieht.

Teilnahmebedingungen

Die Initiative richtet sich an Städte, Landkreise, Verbandsgemeinden und verbandsfreie Gemeinden,

- die das Potenzial der Seniorinnen und Senioren in ihrer Kommune intensiver aufnehmen wollen,
- *die die Chancen dieses Konzeptes für die Flüchtlings-/Integrationshilfe nutzen wollen,*
- die die Förderung des vielfältigen Ehrenamts ihrer Bürgerinnen und Bürger systematisch auf- und ausbauen wollen,
- die hierzu neue Wege entwickeln bzw. bisherige Wege weiter entwickeln wollen,
- die die zu verstärkende Zusammenarbeit zwischen der Kommunalverwaltung und den ehrenamtlich/freiwillig Engagierten als kommunale Querschnittsaufgabe verstehen
- und die entsprechende Erfahrungen aus anderen Kommunen nutzen wollen.

Das Land:

- begleitet den Prozess vor Ort, steht als Ansprechpartner sowohl des Moderationsteams als auch der politischen Spitze zur Verfügung,
- führt die Qualifizierungen der Mitglieder des Moderationsteams durch
- und übernimmt hierfür auch die Leitung der landesweiten Strategie-Werkstatt, an der alle kommunalen Moderationsteams kontinuierlich teilnehmen.

Die Kommunen stellen hierzu bereit:

- die/den für das Ehrenamt in der Kommunalverwaltung verantwortliche/n Mitarbeiter/in und eine erwachsenenpädagogische Kraft, die beide federführend die Arbeit im Moderationsteam übernehmen. Ein/e SeniorTrainer/in oder eine vergleichbare Person sowie ein/e Vertreter/in einer Freiwilligenagentur/Ehrenamtsbörse oder vergleichbare Einrichtung unterstützen die Arbeit im Moderationsteam. (siehe Bewerbungsbogen)
- Das Moderationsteam übernimmt die Leitung der Projekte-Werkstatt.

Landesbeitrag zur Finanzierung:

- Kosten für die Qualifizierungsmaßnahmen der Moderationsteams der Kommunen sowie die Kosten für die Gesamtleitung der Strategie-Werkstatt
- Kosten für die Begleitung, Beratung vor Ort
- Kosten für Übernachtung und Verpflegung des Moderationsteams in vom Land ausgewählten Bildungshäusern (ohne die Kosten für An- und Abreise) während der Qualifizierung auf Landesebene (Strategie-Werkstatt: fünf zweitägige Veranstaltungen in Tagungshäusern und drei Tagestreffen auf Landesebene)

Kommunaler Beitrag zur Finanzierung:

- Personalkosten der hierzu bereitgestellten Mitarbeiter/innen (w.o.)
- Kosten für die zwölf monatlichen Treffen (halbtägig) der jeweiligen Projekt-Werkstatt vor Ort (Getränke, Kaffee, Imbiss).

Bewerbungsfrist: 25. März 2016

Beratungsgespräche des Beauftragten mit Bürgermeister und möglichen Mitgliedern des Moderationsteam vor Ort und vor der Bewerbung sind ausdrücklich erwünscht und führen zu Klärungen vieler anfänglich aufkommender Fragen.

Hierdurch wurden bisher alle teilnehmenden Kommunen zu Erfolgskommunen. Eine kurzfristige Terminabsprache wird zugesichert.

Zum Bewerbungsverfahren: Die Bewerbung erfolgt durch die Verwaltungsspitze der Kommune, d.h. den/die Oberbürgermeister/in, Landrat/Landrätin, Verbandsgemeindebürgermeister/in, Bürgermeister/in persönlich. Sie werden gebeten, Ihre Bewerbung in zweifacher Form zu schicken: Per Post mit entsprechenden Anlagen und in elektronischer Fassung als Datei. Sollten Fragen aufkommen, steht Ihnen der Beauftragte gerne zur Verfügung.

Ihrer Bewerbung auf beigefügtem Formular fügen Sie bitte aussagekräftige Anlagen bei, aus denen erkennbar wird, wie der aktuelle Stand der Engagemententwicklung in Ihrer Kommune ist, wie das kommunale Parlament zu der Frage der Engagementförderung steht, ob es ein Leitbild der Kommune gibt, in dem das Engagement aufgeführt ist.

Das Bewerbungsformular finden Sie auch im Internet unter <https://www.rlp.de/de/landesregierung/staatskanzlei/ehrenamtliches-engagement/beauftragter-ehrenamt/>